

Repliken zu Behauptungen im „Stadtmagazin der Grünen/BGU“ Nr. 1/2009

Hochjubeln einer Haushaltsbefragung (S. 1,2)

Der Leitartikel Seite 1: „...Wann wurden Sie zum letzten Mal befragt, wie Sie sich die Stadt in Zukunft wünsche? Noch nie?....

Die Stadtverantwortlichen fragen Sie, Klosterneuburgerinnen und Klosterneuburger, wie Sie's gern hätten, vor ihrer Haustüre, in Ihrem Lebensumfeld, mit dem Tunnel, der Umfahrung und dem Verkehr mitten drin.“

Hier soll anscheinend der Eindruck erweckt werden, dass plötzlich Bürgernähe ausgebrochen ist, seit sich die Grünen in der Koalition mit der VP arrangiert haben.

Die Fragen der Haushaltsbefragung (warum eigentlich Haushalte, und nicht alle Wahlberechtigten?!?) beziehen sich...

- auf die Umfahrungsstraße und die Häufigkeit ihrer Benutzung,
- auf die Befürwortung der Verkehrsmaßnahmen der oberen Stadt (von denen in einem Aufwaschen behauptet wird, sie seien zur Verminderung des Durchzugsverkehrs gedacht)
- auf die Notwendigkeit der Realisierung des Martinstunnels zur Verkehrsentlastung.

Keine Frage zu Stadtplatz – auf dem mehr Parkplätze entstehen als vorher vorhanden waren

Keine Frage zu Alternativen zum motorisierten Individualverkehr – Radwege, Fußwege, generell zu sanfter Mobilität

Keine Frage zu Lebensumfeld – Luftschadstoffe, Lärm, Nahversorgung...

Wir haben hier ein klassisches Beispiel einer Autofahrerbefragung.

Seitens der PUK wird diese Befragung als eine **verlogene BürgerInnen-Beschwichtigungsmaßnahme** angesehen. **Bereits in der Gemeinderatssitzung am 25. April 2008 wurde mit Stimmen von VP und SP eine Resolution für den Martins-Tunnel beschlossen.** Die verantwortlichen Stellen des Landes wurden darin ersucht, dringend alle Anstrengungen zu unternehmen, dass so bald wie möglich mit dem Bau des Martinstunnels - eines Teils der geplanten Umfahrung - begonnen wird. Bürgermeister Dr. Gottfried Schuh laut Bezirksjournal: "Der Tunnel ist für eine Verbesserung der Verkehrslage in der Stadt unumgänglich."

Überdies sind **Pläne für den Tunnel längst existent** (können gerne bei uns eingesehen werden), und brauchen nicht erst – Leitartikel Enzmann „in Gang gebracht werden“.

Eine Einleitungsaussage von Wimmer auf der Homepage der Klosterneuburger Grünen lässt überdies eine ganz andere Grundhaltung befürchten: „Obwohl es auch für uns Grüne unbestritten ist, dass es mit Tunnel für das Stadtzentrum eine weitere Verkehrsberuhigung geben würde...“. Als angeblicher Gegner des Tunnelprojektes sollte er sich vor der unhinterfragten Übernahme einer Behauptung, dass bei Tunnelbau das Stadtzentrum entlastet würde (nebenbei: was ist das eigentlich? Meint er Rathausplatz oder Stadtplatz? Oder sonst was?), hüten. Aus unserer Sicht hat noch jeder Straßenbau insgesamt zu einer Zunahme von Verkehr geführt. Laut Prognosen des Amtssachver-

Oberflächliche Befragung - keine Möglichkeit Konzepte daraus abzuleiten.

Grüne befürworten eine reine Autofahrer-Befragung!

Keinerlei Fragen zu wesentlichen Elementen von Lebensqualität

Über andere Kanäle laufen Vorbereitungsschritte, über die die Bevölkerung im Unklaren gelassen wird.

Die Verkehrssituation in Klosterneuburg schreit nach einem Gesamtmobilitätskonzept

Entlastung durch Straßenbau ist ständiges, zentrales Scheinargument, das durch die Verkehrswissenschaft längst widerlegt ist.

ständigen für Verkehrsplanung werden aber etwa die Kreisverkehre im Bereich Weidlinger Bahnhof bereits 2012 überlastet sein – auch ohne Bau des Tunnels oder gar einer Donaubrücke. Werden Verkehrsschleusen durch Klosterneuburg geöffnet, wird massiver Durchzugsverkehr erst wirklich ermöglicht – weshalb aufgrund der Flexibilität der Autofahrer wieder der Weg des geringsten Widerstandes gewählt wird. Und der wird bei Stau auf der „Umfahrung“ auch durch die Stadt fließen. Was immer das Ergebnis der Umfrage sein wird, **ohne ein seriöses Gesamtmobilitätskonzept sollten keine weiteren Straßenbaumaßnahmen gesetzt werden.**[^]

Umbau des Stadtplatzes als „grünes Thema der ersten Stunde“ (S. 4)

Eine völlig verdrehte Argumentationskette stellt die Behauptung Wimmers dar, dass Auslöser des Umbaus des Stadtplatzes, der Gehsteig- und Fahrbahnsanierung die notwendige Erneuerung der Einbauten sei.

Wahr ist vielmehr, dass nach Eröffnung der „Umfahrungsstraße“ der Stadtplatz nicht mehr Bestandteil der B14 – also einer Landesstraße ist – sondern dass das Land NÖ letztmalig eine Sanierung der Fahrbahn auf Kosten des Landes vornimmt.

Diese Gelegenheit wurde genutzt, um auch die Einbauten zu erneuern.

Gleichzeitig werden auch Adaptierungen der Raumaufteilung vorgenommen. Diese sind aber ohne jede Bürgerbeteiligung, sondern nur unter Berücksichtigung der Interessen der Handels- bzw. Gewerbebetriebe geplant worden. Wir werden auf diesem Stadtplatz nach Adaptierung insgesamt mehr Parkplätze haben als vorher. Das Parkdeck in der Hundskehle steht weiterhin zu $\frac{3}{4}$ leer.

Die PUK fordert seit Langem ein Stadtmarketingkonzept, das vor allem die Attraktivierung von gewachsenen Stadtkernen unterstützt. Dort sitzen Profis. Paradoxe Weise ist auch nach (!) Fertigstellung der Umbaupläne ein Auftrag an die NÖ Dorf- und Stadterneuerung ergangen, Beratungstätigkeit in Klosterneuburg zu leisten. Diese Beratung floss nicht in die Gestaltung ein.

*Dass die historischen Gebäude nicht über die baulichen Gegebenheiten verfügt, den Anforderungen von „Großmärkten zwischen 2500m² und 10000m² Verkaufsfläche gerecht zu werden“ ist trivial. Nur: das braucht man in gewachsenen Zentren auch nicht, wohl aber **Verkaufsflächen für den Einzelhandel von 250m² bis zu 500m²**. Und solche ließen sich durch Kooperation zwischen Nachbarn – angeregt etwa durch ein Konzept von Stadtmarketingprofis – sehr wohl erzielen.*

Quintessenz: damit man die ca. € 100.000,-, die eine Fahrbahnsanierung des Stadtplatzes kostet, vom Land erhält, pumpt man überhastet insg. ca. € 1.400.000,- in eine Neugestaltung, die ohne Bürgerbeteiligung erfolgt ist. Der ursprünglich von Zivilingenieur veranschlagte Kostenrahmen von insg. € 900.000,- wird damit um über 50% überschritten. Sauber!

Wichtige Radwegverbindung (S. 4)

Wenn nun ein Lückenschluss des touristischen Donauradweges (wieder) hergestellt ist, berührt das die Klosterneuburger Alltagsradler nur wenig. **Weiterhin sind Fahrten durch die Stadt mit dem Fahrrad, vor allem wenn man zu Bahnhöfen will, ein Spießrutenlauf oder eine Angelegenheit für Menschen, die das Risiko von Übertretungen der StVO in Kauf nehmen**

Massive Bedrohung durch Verkehrstransit durch Klosterneuburg.

Bereits jetzt massive Verkehrszunahme aus dem Raum Kritzensdorf-Höflein-Greifenstein

Teure Umbaumaßnahmen des Stadtplatzes ohne Einbindung der angrenzenden Wohnbevölkerung.

Oberflächliche Befriedigung derzeitiger Handels- bzw. Gewerbebetriebe: Parkplätze, Parkplätze, Parkplätze...

Keine Einbindung von Stadtmarketing- bzw. Stadterneuerungsexperten.

Keine Konzepte für eine breite Nutzung des Stadtplatzes als wirkliches kommunales Zentrum mit hohem Attraktivitätswert. Chance vertan!

Investitionen sind überwiegend in den touristischen Donauradweg geflossen. Für den Alltagsradler, insb. in der Oberen Stadt, wird praktisch nichts gemacht.

– bis jetzt werden „Gehsteigfahrer“ von der Exekutive stillschweigend „geduldet“.

Als Radfahrer lade ich jeden ein, sich die **Unzahl der Lücken im städtischen Radwegenetz** zu vergegenwärtigen. Seit **2001 gibt es jedoch ein vollständiges innerstädtisches Radverkehrskonzept**, das heute freilich angepasst werden müsste, aber von dem noch **praktisch nichts realisiert wurde**.

Der Klosterneuburger Mobilfunkpakt (S. 6)

Hochjubeln um jeden Preis, lautet die Devise.

Die PUK hat vor 4 Jahren dem Beitritt zum Mobilfunkpakt des Landes NÖ nicht zugestimmt. Aus guten Gründen, weil darin in keiner Weise Emissions- und Immissionsgrenzen für die Bevölkerung festgelegt sind.

Nun gibt es eine vom GR zu beschließende Verlegung eines Sendemastes von einem ursprünglich geplanten Standort im dicht verbauten Gebiet in eine Randlage.

Grundlegende Unehrllichkeit ist, dass die Zustimmung zur Verlegung des Sendemastes im Gemeinderat in jubelnder Einigkeit geschah. Sehr wesentlicher Punkt ist, dass die Zustimmung des Gemeinderats – und dies musste anlässlich der Gemeinderatsitzung erst in den Antrag hineinreklamiert werden (!!!) nur **vorbehaltlich eines positiven Ergebnisses der Standortprüfung** erfolgt (siehe Protokoll der Gemeinderatssitzung).

Die Verlegung wurde auch nicht durch den Mobilfunkpakt ermöglicht oder gar ausgelöst, sondern einzig und allein durch **massive Proteste der Anrainerbevölkerung**. Der Mobilfunkpakt sieht nämlich keinerlei Zwangsverfahren vor, sondern beruht auf good will. Es ist auch keineswegs so, dass die Bevölkerung in Standortfragen eingebunden wird, was auch bei der Verlegung des Mobilfunkmastes vom Weidlinger Bahnhof vor die Nase der Anrainer des Lothringer- und Sachsenviertels nicht geschehen war. Kein Mensch aus der Stadtgemeinde war bereit, auch kein Vertreter der Grünen, hier irgendwie initiativ zu werden. Den Mobilfunkpakt gab es schon damals.

Viel schlimmer ist allerdings die Tatsache, dass am eigentlichen Problem weiterhin vorübergegangen wird. Die Kritik der PUK ging und geht weiterhin um den Sachverhalt, dass **keine Grenzwerte für die Strahlung in diesem Pakt festgelegt sind, und zwar weder Emmisionsgrenzwerte – also die Strahlung, die von einem Sendemast ausgeht, noch Immisionsgrenzwerte – das ist die Strahlung, der die Bevölkerung in ihrem Lebensumfeld ausgesetzt ist**.

Seit langem gibt es den sog. „**Salzburger Vorsorgewert**“, der **seitens Experten verlangt wird. Das ist ein Emissionsgrenzwert, der gesundheitliche Schäden wenig wahrscheinlich macht**. Aufmerksame Leser der Tageszeitungen haben sicher mitbekommen, dass inzwischen einige Länder (und Staaten) ihre zulässigen Grenzwerte drastisch gesenkt haben, z.T. sogar unter den Salzburger Vorsorgewert. Nur die Einhaltung solcher Grenzwerte ist im Grunde genommen für die Bevölkerung maßgeblich. Der Mobilfunkpakt konzentriert sich hingegen praktisch auf ästhetische Belange. Ganz sensible Bereiche, wie Wohnbereiche, Schulen, Kindergärten sollten von den starken Immissionen frei gehalten bzw. dafür gesorgt werden, dass Grenzwerte

Radwegenetz schubladiert.

Nicht der unverbindliche Mobilfunkpakt ermöglicht Standortverlegungen, sondern massiver Protest der Anrainer!

Zustimmung der PUK zu diesem Antrag nur durch Zusatzklausel im Antrag.

PUK Kritik am Mobilfunkpakt bleibt weiterhin aufrecht: Massive Schwäche des Mobilfunkpaktes ist völliges Fehlen von Grenzwerten

„Salzburger Vorsorgewert“ zum vorbeugenden Schutz der öffentlichen Gesundheit wird für die Summe der niederfrequent-pulsmodulierten hochfrequenten **Immissionen** von Mobilfunksendeanlagen ein Beurteilungswert von max. 1 mW/m^2 ($0,1 \text{ } \mu\text{W/cm}^2$) herangezogen

(Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Umwelthygiene, amtsärztliche Stellungnahme vom 5. Oktober 1999)

Dieser Vorsorgewert wird praktisch überall über-

dort nicht überschritten würden. Das ist das Anliegen der PUK, und der Mobilfunkpakt trägt überhaupt nicht dazu bei, das zu erfüllen.

Die Zusammenlegung von Sendeanlagen auf wenige, weiter voneinander entfernten Masten hat die fatale, unerwünschte Wirkung, dass sowohl die Sendeleistung des Senders höher sein muss, als auch jedes individuelle Handy auf höhere Leistung schalten muss, um mit dem nächstgelegenen Sendemast zu kommunizieren. Und das selbst ohne dass mit dem Handy telefoniert wird. Daher wäre paradoxerweise die Verteilung der Sendeleistung auf viele, schwache Sendeanlagen vom gesundheitlichen Standpunkt vorzuziehen.

Das alles berücksichtigend, hat die PUK ihre Zustimmung zu dieser Verlegung ausdrücklich nur unter dem Vorbehalt eines positiven Ergebnisses einer Standortprüfung erteilt.

(Diese ausführliche Erklärung beantwortet wohl die rhetorische Aufforderung der Grünen an uns, unsere Haltung zu begründen).

Der Kampf ums „Biotop Höflein“ (S. 7)

Eine aus unserer Sicht weit überzeugendere Gegendarstellung findet sich auf Seite 2 unserer letzten PUK-News http://unser-klosterneuburg.org/zeitung/puknews_090525.pdf.

Alternativenergie Förderungen (S.8)

Jubel über aufgehobene Einkommensgrenzen und höhere Förderbeträge. Kein Wort davon, dass im **Budget** für heuer (2009) für Förderung der **Wärmedämmungen für Altbauten** insgesamt **€ 12.000,-** veranschlagt sind (S. 85 des Budgets). Wenn man weiß, dass 1m² Vollwärmeschutz auf einer Althausfassade kaum unter € 60,- zu haben sind – die Hälfte davon Materialkosten – kann man ohne Rechenkünstler zu sein mit dieser Summe 200 m² sanieren. Das ist nicht einmal ein Einfamilienhaus! Subventionsmöglichkeiten für Alternativenergie sind ähnlich dürftig.

Baumschutzverordnung (S. 9 und Bild S12)

Für eine solche tritt die PUK seit ihrem Bestehen ein, und es gibt etliche Gemeinden in NÖ, die seit langem eine weit bessere und umfassendere Verordnung haben.

Was verschwiegen wird, ist dass die **Grünen die Mitverantwortung tragen für die Opferung einer Reihe gesunder Bäume** (z.B. 18 große, das Buschwerk nicht gezählt) für eine eigene – aus unserer Sicht unnötige – Trasse des Donauradweges im Bereich des Kinderspielplatzes bei der Durchstichbrücke. Damit mitverantworten sie den Mangel an Schatten auf dem Kinderspielplatz. Jeder weiß wie lange es dauern wird, bis 3 Meter hohe Jungbäume die Schattenleistung erbringen können, **die aus Prestigedenken an die Trasse des Radweges verloren gegangen ist.**

Ganz generell stellt sich uns die Frage, wozu die Grünen eigentlich stets die Anträge der VP mittragen.

Die Sicht der PUK-Gemeinderäte: schwarz+grün=schwärzer. Eine neue Gleichung. Trotz grüner Beteiligung in der Klosterneuburger Koalition keine erkennbare Umweltpolitik.

schritten.

Leider: je weniger Masten, umso stärker die Strahlungsbelastung

Nur ein Wald ohne Bäume ist ein guter Wald

Förderungen von Alternativenergie im Budget völlig unterdotiert. Aufhebung der Einkommensgrenzen dabei sekundär.

Alibihandlung Baumschutzverordnung. Bäume wurden und werden weiterhin vor allem Straßenbauvorhaben geopfert.

Naturschutz wird „Öffentlichem Interesse“ (ohne Kriterien) immer untergeordnet.